
12548/AB XXIV. GP

Eingelangt am 11.12.2012

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Finanzen

Anfragebeantwortung

Frau Präsidentin
des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Wien, am November 2012

GZ: BMF-310205/0229-I/4/2012

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 12764/J vom 11. Oktober 2012 der Abgeordneten Herbert Kickl, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich, Folgendes mitzuteilen:

Zu 1. und 2.:

Im Zeitraum vom 2. Dezember 2008 bis zum Einlangen der vorliegenden schriftlichen parlamentarischen Anfrage waren oder sind nachstehende Referentinnen und Referenten im Kabinett tätig:

Kabinett/Büro	ReferentInnen	Zuständigkeitsbereiche
Bundesministerin Dr. Maria Fekter	Dr. Susanne Baumann-Söllner	Steuerpolitik und materielles Steuerrecht, Zollangelegenheiten, Internationales Steuerrecht
	Mag. Sigrid Berka	Internationale Angelegenheiten, ECOFIN, Internationale Finanzinstitutionen
	Oberst Wolfgang Eder	Finanzpolizei, Steuerfahndung, Betrugsbekämpfung, IT
	Dr. Martin Hauer	Politische Beratung
	Dr. Elisabeth Hirschbichler	allgemeine Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarkt, Forschung, Förderungen

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

		zusätzlich auch: Internationale Angelegenheiten, ECOFIN
	Mag. Michael Höllerer	Finanzmärkte, Kapitalmarkt, Beteiligungen zusätzlich auch: Internationale Finanzinstitutionen
	Mag. Christine Kowald	Allgemeine Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarkt, Forschung
	MMag. Stefan Lienhart, MA	Finanzmärkte, Kapitalmarkt, Internationale Finanzinstitutionen
	Christoph Mühlbacher, MAS	Budget
	Mag. Alexandra Nussbaumer	Kampagnen und Neue Medien
	Mag. Ina Paripovic	Internationale Angelegenheiten, ECOFIN
	Mag. Andreas Perotti	Pressesprecher
	Mag. Gregor Schütze	Pressesprecher
	Dipl.Ing. Dr. Thomas Steiner	Budget, Finanzausgleich, Controlling
	Mag. Harald Waiglein	Pressesprecher
	Mag. Gerhard Zotter	Kabinettschef, Personal, Ministerrat, IT
Bundesminister a.D. Dipl.Ing. Josef Pröll	Dr. Susanne Baumann-Söllner	Steuerpolitik und materielles Steuerrecht, Zollangelegenheiten, Finanzämter, Zollämter, Großbetriebsprüfungen, Betrugsbekämpfung, Internationales Steuerrecht, EU-Steuerrecht, Finanzstrafrecht
	Univ.Prof. Dr. Gerhard Baumgartner	Verfassung, allgemeine Rechtsangelegenheiten, Minderheiten, BMG, Staats- und Verwaltungsreform, Justiz, Volksanwaltschaft, Rechnungshof, VwGH, VfGH, Personalagentur, Medienbehörde, Bundesmuseen, Restitution, Judaica
	Mag. Jürgen Beilein	Pressesprecher
	Mag. Sigrid Berka	Internationale Angelegenheiten, Europäische Integration, Europäischer Rat, Internationale Finanzinstitutionen, Entwicklungsbank, Menschenrechte, ECOFIN, Innere & äußere Sicherheit, EU-Haushalt
	Mag. Harald Friedl	Pressesprecher
	Dr. Martin Hauer	Internationale Angelegenheiten, Europäische Integration, Europäischer Rat, Internationale

		Finanzinstitutionen, Entwicklungsbank, Menschenrechte, ECOFIN, Innere & äußere Sicherheit, EU- Haushalt
	Dr. Elisabeth Hirschbichler	allgemeine Wirtschaftspolitik, Konjunkturmaßnahmen, Arbeitsmarkt, Forschung, Förderungen, Forum Alpbach, IHS, WIFO, MitarbeiterInnen- beteiligung
	Mag. Michael Höllerer	Finanzmärkte, FMA, Banken, Kapitalmarkt, Versicherungen Pensionskassen, Bundeshaftungen, AWS, Beteiligungen, OeNB, FIMBAG, Exportförderung
	Daniel Kapp	Pressesprecher
	Mag. Eva Maria Liebmann	Finanzmärkte, FA, Banken, Kapitalmarkt, Versicherungen Pensionskassen, Bundeshaftungen, AWS, Beteiligungen, OeNB, FIMBAG, Exportförderung
	Mag. Veronika Mickel	Personal, Parlamentarische Angelegenheiten, Beschaffung und Infrastruktur, Vereine, Gleichbehandlung, Klima- und Umweltpolitik, Energiepolitik, Liegenschaften, Interne Revision
	Christoph Mühlbacher, MAS	Budget, Bundeshaushalt, Finanzausgleich, Controlling, Bundeshaushaltsrecht, Medienförderung
	Mag. (FH) Martha-Theresa Penz	Personal, Parlamentarische Angelegenheiten
	Dr. Stephan Pernkopf	Kabinettschef; Organisation, Regierungskoordination, Unternehmen, Strategie, Parteien
	MMag Dr. Patrick Segalla	Verfassung, allgemeine Rechtsangelegenheiten, Minderheiten, BMG, Staats- und Verwaltungsreform, Justiz, Volksanwaltschaft, Rechnungshof, VwGH, VfGH, Personalagentur, Medienbehörde, Bundesmuseen, Restitution, Judaica
	Mag. Harald Waiglein	Pressesprecher
	Mag. Florian Welzig	Ministerrat, IT, BRZ, e- Government, Gemeindebund, Städtebund, Kultus, ÖGB, e- Finanz, allgemeine Fragen öffentlicher Dienst /

		Beamte/Beamtinnen, Haus der Geschichte
	Ministerialrat Karl Zach	Organisation, Protokoll, BürgerInnenservice, Kommunikation

Im selben Zeitraum waren oder sind nachstehende Referentinnen und Referenten im Büro des Staatssekretärs Mag. Andreas Schieder tätig:

Büro	ReferentInnen	Zuständigkeitsbereiche
Staatssekretär Mag. Andreas Schieder	Mag. Julian Bartsch	Steuern, IT
	Mag. Christopher Berka	Steuern, IT
	Mag. Ilia Dib	Europäische und internationale Angelegenheiten, Zoll
	Dr. Stefan Imhof	Wirtschaftspolitik, Kapitalmarkt
	Mag. Sylvia Kuba	Pressesprecherin
	Mag. Maria Maltschnig	Wirtschaftspolitik, Kapitalmarkt
	Mag. Georg Ortner	Büroleiter
	Mag. Philipp Lukas Piber	Budget, Wirtschaftspolitik
	Mag. Jürgen Schwarz	Pressesprecher
	Mag. Tobias Schweitzer	Budget, Wirtschaftspolitik
	Mag. Olivia Simone Steiner	Europäische und internationale Angelegenheiten
	Mag. Markus Stradner	Pressesprecher

Im Zeitraum vom 1. Jänner 2008 bis zum 2. Dezember 2008 waren nachstehende Referentinnen und Referenten im Büro des Staatssekretärs Dr. Christoph Matznetter tätig:

Büro	ReferentInnen	Zuständigkeitsbereiche
Staatssekretär a.D. Dr. Christoph Matznetter	Mag. Julian Bartsch	Steuern und Zölle, Finanzausgleich, IT
	Mag. Erich Holsteiner	Kabinetttchef, Budget, Finanzmärkte, Beteiligungen
	Mag. Georg Ortner	Wirtschaftspolitik
	Mag. Andreas Rendl	Europäische und internationale Angelegenheiten, Handelspolitische Instrumente
	Mag. Dagmar Strobel	Pressesprecherin, Kommunikation

Der Vollständigkeit halber wird darauf hingewiesen, dass die Angaben Sekretariatsbedienstete beziehungsweise Assistentinnen und Assistenten, Schreibkräfte und sonstiges Hilfspersonal nicht umfassen.

Zu 3. und 4.:

Da es sich bei den in der Anfrage angeführten Materien auch um Querschnittsmaterien handelt, waren bzw. sind all jene Kabinettsmitglieder darin eingebunden, deren Zuständigkeitsbereiche durch diese Materien tangiert wurden bzw. werden.

Zu 5.:

Die Zuständigkeiten der mit diesen Materien befassten Sektions-, Gruppen- und Abteilungsleiterinnen und –leiter ergeben sich aus der zum jeweiligen Zeitpunkt gültigen Geschäfts- und Personaleinteilung des Bundesministeriums für Finanzen.

Zu 6.:

Wiewohl die Beschlussfassung der Gesetze einen Beitrag zur Sicherung der Eurozone beziehungsweise zur Stabilisierung der Finanzmärkte geleistet hat, lässt sich aus den einzelnen Maßnahmen für sich genommen keine sichere Veranlagungsstrategie beziehungsweise auch keine gegen übrige Umfeldfaktoren abgegrenzte Auswirkung ableiten. So kann beispielsweise nicht sichergestellt werden, wann und ob ein Euroland einen Antrag auf Hilfe stellt, ob dieses Land die Konditionalität erfüllen würde, ob das Hilfsprogramm erfolgreich abgewickelt oder abgebrochen würde oder welche Investoren im Zuge der Privatsektoreinbindung wie und in welchem Ausmaß betroffen wären.

Die hohe Volatilität auf den Märkten in den letzten Jahren zeigt, dass es wohl keine sicheren Veranlagungsstrategien in Zusammenhang mit den Hilfsmaßnahmen gibt.

Zu 7. und 8.:

Beamte und Vertragsbedienstete dürfen Geheimnisse, von denen sie ausschließlich aus ihrer Amtstätigkeit Kenntnis haben, weder offenbaren noch verwerten (§ 46 BDG, § 5 VBG, § 302 StGB). Verstöße dagegen sind neben den dienstrechtlichen Konsequenzen mit Freiheitsstrafe von bis zu 3 Jahren zu ahnden. Der Umgang mit allen Arten von vertraulichen Informationen gehört der Natur der Sache nach zum Aufgabengebiet der Bediensteten der öffentlichen Verwaltung.

Zu 9., 11. und 13.:

Nein.

Zu 10., 12. und 14.:

Weder der Rechnungshof noch die Innenrevision sind Adressaten der Offenlegung von privaten Vermögensverhältnissen. Dies ist aufgrund des § 3a des Unvereinbarkeitsgesetzes der Präsident des Rechnungshofes. Der Rang der genannten Norm als Verfassungsbestimmung erlaubt weder eine analoge Ausdehnung des Kreises der meldepflichtigen Personen auf Kabinettsmitarbeiterinnen und Kabinettsmitarbeiter sowie Spitzenbeamtinnen und Spitzenbeamte, noch eine Betrauung des Leiters der Innenrevision mit den dem Präsidenten des Rechnungshofes vorbehaltenen Sonderaufgaben. Im Übrigen ist die Vermögenslage der einzelnen Bediensteten kein Gegenstand der Vollziehung durch das Bundesministerium für Finanzen.

Mit freundlichen Grüßen